

Machbarkeit von Agglolac unbestritten

Biel und Nidau möchten Agglolac realisieren. Für Nidau wäre es ein Quantensprung. Grosses Problem bleibt die Archäologie. Investoren sind trotzdem interessiert.

JOEL WEIBEL

«Innerhalb eines Jahres hat sich die Beurteilung des Projektes Agglolac von der Frage «kann man» zu «will man» geändert.» Dies sagte Adrian Kneubühler, Nidauer Stadtpräsident, gestern anlässlich einer Pressekonferenz zum Stand der Vision Agglolac. Damit hat sich Kneubühler stark vom ursprünglich geplanten Expopark-Projekt gelöst, das auf der Zielgeraden durch die Idee des Bieler Stadtpräsidenten Hans Stöckli in letzter Minute gestoppt wurde. Kneubühler sprach derart positiv von Agglolac, dass Stöckli damit kokettierte, selber nichts mehr sagen zu müssen.

Archäologie als Achillesferse

In seltener Einmütigkeit traten die beiden Stadtpräsidenten zusammen mit einigen Mitarbeitern der Verwaltung vor die Medien und erläuterten den im letzten Jahr erarbeiteten Kenntnisstand zu Agglolac und das weitere Vorgehen. Die grossen Unsicherheiten bezüglich der Archäologie (das BT berichtete) veranlassten die beiden Städte, eine Zusatzschleife einzulegen: Beide werden in den kommenden Monaten (Nidau im September, Biel im Oktober) ihren Stadträten je einen Kreditantrag über 150 000 Franken unterbreiten. Mit diesem Geld sollen Zusatzabklärungen gemacht werden.

Für die Archäologie werden die Städte zusammen 140 000 Franken bezahlen und der Kanton wird dafür ebenfalls 140 000 Franken ausgeben. Damit sollen Sondiergrabungen vorgenommen werden, um mehr Kenntnisse über die archäologische Situation zu erhalten. Das Ziel ist klar: Die archäologischen Ausgrabungen sollen nicht so lange dauern und auch nicht so viel kosten, wie in der Machbarkeitsstudie geschätzt. Diese geht von einer Dauer von 12 bis 20 Jahren und von Kosten zwischen rund 47 und 72 Millionen Franken aus.

Ausserdem wollen die zwei Städte mit dem Kanton eine Vereinbarung über die «wesentlichen Eckwerte betreffend Archäologie» mit dem Kanton ausarbeiten. Ein ganz wichtiger Eckwert stellt für Stöckli hierbei die Finanzierung dar. Einerseits soll der Kostenteiler zwischen Bund, Kanton und Nidau – Biel glaubt



Biel-Nidau in 20 Jahren? So sähe das Gelände westlich des Bieler Bahnhofs mit Agglolac und Fachhochschulcampus aus. Grafik: René Giger/zvg

nichts bezahlen zu müssen, weil die Stadt nur als Landeigentümerin auftritt – geregelt werden. Andererseits wünscht sich Stöckli, dass die kantonale Beteiligung nicht über das Budget läuft, da sonst «der Grosse Rat im Rahmen eines Sparprogramms das Geld wieder streichen könnte». Eine solche Unsicherheit wollen die Verantwortlichen vermeiden, da sonst die Investorensuche viel schwieriger werden dürfte.

Investoren klopfen schon an

Bis es so weit ist, müssen allerdings noch einige Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. «Die heutigen Gesetze des Kantons Bern können bei Agglolac nicht eins zu eins angewandt werden», sagte Stöckli. Die Hoffnung der Verantwortlichen ist, dass nur ein Teil ausgegraben werden muss und der Rest versiegelt werden kann. «Deshalb ist auch nur ein Teil der Überbauung mit Untergeschossen geplant», sagte Stöckli.

Trotz diesen Einschränkungen hätten sich laut Stöckli bereits einige interessierte Investoren bei der Stadt gemeldet. «Wir haben ihnen grosszügig Unterlagen zu Agglolac zur Verfügung gestellt», sagte Stöckli und trat damit Spekulationen entgegen, dass Biel bereits Verhandlungen geführt habe. Bezüglich Investoren scheint aber zwischen den bei-

Einige Eckwerte zu Agglolac

- **Planungsperimeter 258 000 Quadratmeter**, davon bereits überbaut: 32 400 Quadratmeter, neue **Baufelder 35 500 Quadratmeter** mit einem Potenzial von **120 000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche**
- Rund 60 000 Quadratmeter für **Strassen und Plätze**, rund 21 000 Quadratmeter **Wasserfläche**, rund 110 000 Quadratmeter **Grün- und Erholungsflächen** inkl. Wald
- Kosten für Erschliessung und Archäologie rund **107 Millionen Franken**, allerdings fehlt in dieser Zahl der Anteil von Bund und Kanton an der Archäologie (jw)

den Stadtpräsidenten nicht ganz alles im Reinen zu sein. Kneubühler sagte zu möglichen Investoren: «Wir hatten noch keinen Kontakt.» Dies obwohl das Projekt politisch ein Projekt der Stadt Nidau ist. Biel ist nur dabei, weil die Stadt einen grossen Anteil des Geländes besitzt.

Neue Begleitkommission

Trotzdem hat Biel grossen Einfluss, weil es auch in Biel eine Ab-

stimmung zu Agglolac brauchen wird, sollten die heutigen Pläne sich nächstes Jahr weiter konkretisieren: Biel wird einem allfälligen Investor ihr Gelände für rund sieben Millionen Franken verkaufen, was in einer Volksabstimmung beschlossen werden müsste.

Gleichzeitig mit dem Geld für die weiteren archäologischen Abklärungen sollen die Stadträte der beiden Städte deshalb auch einer interkommunalen Begleitkommission zustimmen, die sich aus fünf Vertretern Nidaus und vier Vertretern Biels zusammensetzen würde und in der Nidau den Vorsitz erhalten würde. Nidau stimmt zudem darüber ab, das Projekt Expopark bis auf Weiteres zu sistieren und die bisher bestehende Begleitkommission per Ende 2010 aufzulösen.

«Kein Milliardenquartier»

Erstmals an die Öffentlichkeit kam eine Studie, die von Nidau gleichzeitig mit der Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben wurde. Nidau liess vom Büro «Interurban» aus Zürich ein Standortprofil erstellen. Das Fazit dieses Profils ist vernichtend: «Die Gemeinde Nidau befindet sich in einer Phase der Stagnation und das sozioökonomische Gleichgewicht ist gestört.» Die Studienautoren schlagen deshalb ultimativ vor: «Zur Stabilisierung und lang-

fristigen Sicherung der Wohnbevölkerung wird die Realisierung von Agglolac als unumgänglich eingeschätzt.» Zur Bevölkerungsstruktur sagt die Studie. «Sie ist gekennzeichnet durch den Zuwachs an ausländischer Bevölkerung und zunehmender Überalterung.» Anders ausgedrückt heisst dies: Nidau fehlt es an genügend guten Steuerzahlern. Kneubühler erhofft sich deshalb Abhilfe von den attraktiven Wohnungen, die durch Agglolac entstehen sollen. «Es ist aber kein Projekt für Milliardäre», betonte Kneubühler. Tatsächlich ist vorgesehen, einem Investor Vorgaben bezüglich der Nutzung zu machen. Ein Teil der Wohnungen müsste gemäss diesen Plänen für tiefere und mittlere Einkommen erschwinglich sein, und es dürften auch nicht alle Wohnungen verkauft werden.

Vehement wehrten sich die Verantwortlichen auch gegen Vorwürfe der Zugang zum See würde mit Agglolac verbaut: «Das Gegenteil ist der Fall», sagte Stöckli. Das Projekt bewege sich innerhalb des Richtplans Siedlung und Verkehr der Agglomeration und sehe vor, bisher private Gelände (Tennisplätze) dem Publikum zu öffnen und mehr Grünflächen zu schaffen.

INFO: Sämtliche Unterlagen auf www.nidau.ch

Moeschler

Externe Untersuchung

bt. Fast eine Woche, nachdem das «Bieler Tagblatt» erstmals über gravierende Missstände beim Erwachsenen- und Jugendschutz Biel (EJS) berichtet hatte, kündigte Bildungs- und Sozialdirektor Pierre-Yves Moeschler gestern Abend kurz vor Redaktionsschluss eine externe Untersuchung an. Ein «neutraler Experte» solle bis Ende Oktober 2010 die Arbeitssituation in der fraglichen Abteilung und «namentlich die Mobbingvorwürfe» untersuchen.

In der Stellungnahme, die er an die Medien und an den Stadtrat richtete, bedauert Welschsozialist Moeschler, dass die EJS-Vorsteherin und das Personal öffentlich in Zweifel gezogen würden. Zugleich bestätigt er, dass es zu «drei Konfliktsituationen» im EJS gekommen sei, welche zu einer Kündigung, einer vorzeitigen Pensionierung und einer Versetzung geführt hätten. Weiter bestätigt er Angaben des «Bieler Tagblatts», wonach Mitglieder der Vormundschaftskommission die Qualität der Arbeiten der Revisionsstelle in einem Schreiben an den Regierungstatthalter in Zweifel gezogen hätten.

Moeschler betont, dass dieser keine Beanstandungen gemacht habe, gibt aber zu, dass der Regierungstatthalter einen «Rückstand bei der Vorlage der Vormundschaftsberichte» festgestellt habe. Deshalb habe der EJS «aus eigenem Antrieb für eine Korrektur» gesorgt und wolle den Rückstand bis zum kommenden Winter wettmachen. Pierre-Yves Moeschler ist unter Druck, da er Stadtpräsident werden will. Insgesamt acht unabhängige Quellen hatten die Arbeitsweise des EJS im BT kritisiert. FDP, Grünliberale und SVP hatten daraufhin Vorstösse angekündigt und teils sogar eine GPK gefordert.

NACHRICHTEN

Port: Entscheid bleibt bestehen

keg. In Port wird es vorläufig keine zweite Abstimmung über die Einführung von Tempo 30 geben. Das Porter Stimmvolk hat sich vor rund vier Monaten gegen Tempo 30 ausgesprochen. Unmittelbar vor der Abstimmung hatten Tempo-30-Gegner Flyer verteilt. Deshalb gab es vier Einsprachen aus der Bevölkerung. Eine Einsprecherin war Kathrin Trippel, die Frau des Gemeindepräsidenten. Das zuständige Statthalteramt lässt zwar verlauten, dass das Vorgehen der Gegner illegal war. Die Flyeraktion wird aber nicht stärker gewichtet als ein Entscheid der Stimmbevölkerung.